Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
19. öffentliche Sitzung des Haushaltsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 08.05.2003
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:25 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Tagesordnung:

TOP 1	Vorlage zur Beschlussfassung Anmeldungen für die Investitionsplanung 2003 bis 2007 Drucksache: 0657/II – BA
TOP 2	Sondermittelanträge
TOP 2.1	Nr. 010/2003 - Hertha 03 Zehlendorf e. V.
TOP 2.2	Nr. 017/2003 - Arndt-Oberschule
TOP 2.3	Nr. 20/2003 – Griechisch-Deutscher Förderverein
TOP 2.4	Nr. 025/2003 – Mühlenau-Grundschule
TOP 2.5	Nr. 027/2003 – Leistikow-Oberschule
TOP 2.6	Nr. 029/2003 – Bezirksbürgermeister Herbert Weber
TOP 2.7	Nr. 030/2003 – Bezirksverordnetenvorsteher Klaus Eichstädt
TOP 3	Anträge
TOP 3.1	Endlich ein Konzept gegen die Überschreitung von Ausgabetiteln Drucksache: 0541/II – FDP
TOP 3.2	Verfahren bei Änderung der Finanzierung von Lernmitelln Drucksache: 0591/II – SPD
TOP 3.3	Keine Schließung von Schulstationen im Bezirk Drucksache: 0616/II – GRÜNE
TOP 3.4	Erhalt der Schulstationen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf Drucksache: 0618/II – CDU, GRÜNE
TOP 3.5	Bürgerstiftung Drucksache: 0638/II – CDU
TOP 3.6	Bezirkliches Holzhackschnitzel-Heizwerk Drucksache: 0651/II – GRÜNE
TOP 3.7	Dach des Erweiterungsbaus der Alt-Lankwitzer Grundschule Drucksache: 0677/II – FDP
TOP 4	Auflagenbeschlüsse 2003 (Abt. BiKuSpoBüd vom 06.02.2003
TOP 5	Rahmenzielvereinbarungen
TOP 6	Verschiedenes

Anwesende:
vgl. Anlage
Herr Dr. Konrad, BVV 1, Protokoll
Frau Lüthgens, BVV 2, Protokoll

Protokoll:

zu 1 Vorlage zur Beschlussfassung
Anmeldungen für die Investitionsplanung 2003 bis 2007
Drucksache: 0657/II – BA

Der Ausschuss kommt überein, dass die Fraktionen bis Montag, 12.05.2003, 11.00 Uhr, ihre Anträge und Auflagen zur I-Planung 2003 – 2007 dem BVV-Büro übermitteln, das sie an die anderen Fraktionen weiterreicht.

Einzelplan 47 – Umwelt,Natur

Kapitel 4720 – Natur

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren mehr Mittel in der Planung waren, als vom NGA letztlich umgesetzt werden konnten. Sie befürchtet, dass dies auch künftig der Fall sein wird und dass die Mittel dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Allein für 2004 seien 15 Maßnahmen vorgesehen, was kaum zu schaffen sei. Sie erkundigt sich, wie viel Bauleiter das NGA hat und wie viel Volumen ein Bauleiter pro Jahr umsetzen kann. BzStR Stäglin erklärt, aufgrund der Möglichkeit der Auftragsvergabe seien die Kapazitäten des NGA kein Problem.

Die Fraktion GRÜNE erklärt, das Bezirksamt solle zwischen dem Neubau von Spielplätzen und dem Erhalt bestehender abwägen und fragt, ob ausreichend Mittel zur Erhaltung alter Spielplätze vorhanden sind. Die Fraktion der SPD erklärt, sie sehe keine Notwendigkeit für die Maßnahmen
- 716 08 Neubau eines Kinderspielplatzes, Kohlhasenbrücker Straße
- 716 11 Neubau eines Kinderspielplatzes im Finkenpark
- 716 45 Neubaue eines Kinderspielplatzes im Gemeindepark Lankwitz

BzStR Stäglin erklärt, dass nur noch sehr wenige Neubaumaßnahmen geplant sind und dass das Bezirksamt durchaus abwäge. Er erklärt, die Vorlage habe bis Ende Februar eingebracht werden müssen und nun werde die Diskussion geführt, welche Prioritäten gesetzt werden bzw. welche Spielplätze wieder aus der I-Planung herausgenommen werden. Beim Spielplatz Gemeindewäldchen sei jedoch dringender Handlungsbedarf gegeben, und er lädt den Ausschuss ein, diesen in Augenschein zu nehmen. Er sagt zu, den Fraktionen bis Freitag, 09.05.2003, eine Liste der dringend zu erneuernden Spielplätze zu übermitteln.

Die Fraktion GRÜNE erklärt, es sei nicht hinnehmbar, dass von der BVV erwartet werde, die Vorlage zu beschließen, ohne dass feststeht, ob das Geld überhaupt verausgabt werden kann.

BzStR Laschinsky weist darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um Anmeldungen zur I-Planung handelt. Er erklärt, dass in diesem Bereich I-Mittel nicht in Unterhaltungsmittel umgewandelt werden können. Er schlägt vor, dass die Fraktionen die Maßnahmen in der Anmeldung belassen könnten, um dann beim Beschluss des Haushalts 2004/2005 bei solchen Projekten Sperren anzubringen, wo ihnen die Planung nicht nachvollziehbar erscheint.

Die Fraktion der CDU erklärt, dies sei kein vernünftiges Vorgehen, wenn jetzt bereits zu erkennen sei, dass einzelne Maßnahmen gar nicht zu realisieren sind. Die I-Planung sollte vielmehr bereits aus den derzeitigen Erkenntnissen heraus einigermaßen realistisch sein. Die Fraktion der SPD stimmt dem zu.

Kapitel 4723 – Friedhöfe

Titel 715 09 Erweiterung (Anbau) des Gebäudes der Friedhofsverwaltung
Onkel-Tom-Straße 26

Die Fraktion der FDP erklärt, das hier der Finanzbedarf immer größer werde und erkundigt sich, welche weiteren Steigerungen noch zu erwarten seien. BzStR Stäglin verweist auf die Festlegungen durch die BPU. Er erklärt, dass durch eine entsprechende Ausschreibung günstige Bedingungen zu erzielen sein müssten. Ein Kostenfaktor sei jedoch, dass es noch zwei getrennte Friedhofsverwaltungen im Bezirk gebe und eine Zusammenlegung in näherer Zukunft nicht zu erwarten ist.

Einzelplan 59 – Allgemeine Finanzangelegenheiten

BzStR Laschinsky verneint die Frage der CDU-Fraktion, ob diese Mittel auch für größere Anschaffungen verwendet werden dürfen-

Einzelplan 42 – Bauen

Nach Erläuterungen durch BzStR Laschinsky erklärt die Fraktion der CDU, es sei bedauerlich, dass das Bezirksamt auf die Maßnahme Lechtaler Weg verzichten wolle (738 15). Dies gelte umso mehr, als die Berliner Bauwirtschaft danieder liegt. Der Hinweis auf fehlende Mitarbeiter verfange nicht, da das Bezirksamt ja selbst auf die Möglichkeit der Auftragsvergabe hingewiesen habe. Die Fraktion GRÜNE erklärt, hinsichtlich der Beauftragung von Firmen sei es gleichgültig, ob diese nun mit dem Neubau oder der Erhaltung bestehender Einrichtungen beauftragt werden. Sie bezweifelt, dass es notwendig ist, die Fahrbahn am Heckeshorn zu teeren und erklärt, es sei sinnvoller, das dafür vorgesehene Geld in die bauliche Unterhaltung umzuleiten. BzStR Stäglin erklärt, hier komme lediglich die Kontinuität der Umsetzung des BVV-Beschlusses zum Ausdruck, auch wenn die Straße derzeit noch nicht gebaut werden kann.
Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob die Maßnahmen ‚Neubau der Gehwege des Lechtaler Weges' (738 15) und ‚Neubau des nordöstlichen Gehweges des Bischofsgrüner Wegs' (738 13) abgeschlossen sind. BzStR Stäglin erklärt, dass die Verschiebung lediglich eine Verschiebung in realistische Zeitabläufe bedeutet und aufgrund weiterer Vorarbeiten notwendig ist.

Einzelplan 39 – Soziales

Keine Wortmeldungen

Einzelplan 40 – Jugend

Keine Wortmeldungen

Einzelplan 59 – Allgemeine Finanzangelegenheiten

Keine Wortmeldungen

zu 2 Sondermittelanträge

In Hinblick auf die vorliegenden Anträge auf BVV-Sondermitel weist die CDU-Fraktion darauf hin, dass die Mühlenau-Grundschule (SM 25/203) und die Arndt-Oberschule (SM 17/2003) bereits im Vorjahr bezuschusst wurden und erkundigt sich bei BzStR Laschinsky, ob, entgegen den Kriterien zur Vergabe von Sondermitteln, in diesem Jahr erneut eine Förderung möglich sei, zumal es sich um andere Inhalte handelt. BzStR Laschinsky erklärt, die Kriterien seien von der BVV festgelegt worden und daher müssten auch die Bezirksverordneten selbst entscheiden, ob sie davon abweichen wollten. Die Fraktion GRÜNE erklärt, da die Richtlinien von der BVV selbst aufgestellt worden wären, sei diese auch am besten in der Lage, sie auszulegen. Im übrigen handele es sich bei dem Antrag der Arndt-Oberschule nur um einen vergleichsweise geringen Betrag von 200 Euro.

Die Fraktion der FDP erklärt, es gehe nicht an, dass man einen Kriterienkatalog missachte, nachdem man ihn gerade erlassen hat. Dann könne man ihn auch gleich wieder abschaffen. Sie weist darauf hin, dass, wenn gleiche Projekte immer wieder finanziert würden, dies zu einer Regelfinanzierung werde.
Die CDU-Fraktion erklärt, man müsse entscheiden, ob man die Kriterien buchstabengetreu anwendet oder die Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen höher bewertet und eine Öffnungsklausel zulasse. Die SPD-Fraktion nennt die Kriterien zur Vergabe von BVV-Sondermitteln nützlich, erklärt jedoch, dass man es bei den Anträgen zur Förderung der partnerschaftlichen Beziehungen mit einer Ausnahmesituation zu tun habe. Daher sollte im Ältestenrat eine Novellierung des Kriterienkatalogs erörtert werden.

zu 2.1 Nr. 010/2003 – Hertha 03 Zehlendorf e. V.

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss einstimmig, dem FC Hertha 03 Sondermittel bis zu einer Höhe von 4.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

zu 2.2 Nr. 017/2003 – Arndt-Oberschule

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss bei 3 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung, der Arndt-Oberschule Sondermittel bis zu einer Höhe von 200 Euro zur Verfügung zu stellen.

zu 2.3 Nr. 20/2003 – Griechisch-Deutscher Förderverein

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Griechisch-Deutschen Förderverein e.V. Sondermittel bis zu einer Höhe von 1.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

zu 2.4 Nr. 025/2003 – Mühlenau-Grundschule

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss bei 3 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung, der Mühlenau-Grundschule Sondermittel bis zu einer Höhe von 1.500 Euro zur Verfügung zu stellen.

zu 2.5 Nr. 027/2003 – Leistikow-Oberschule

Die Behandlung des Antrags wird auf die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses vertagt, da BzStR Schrader zusagt zu prüfen, ob das beantragte Projekt aus Eigenmitteln der Schule gefördert werden kann.

zu 2.6 Nr. 029/2003 – Bezirksbürgermeister Herbert Weber

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Bezirksbürgermeister Sondermittel bis zu einer Höhe von 7.970 Euro zur Verfügung zu stellen.

zu 2.7 Nr. 030/2003 – Bezirksverordnetenvorsteher Klaus Eichstädt

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Bezirksverordnetenvorsteher Sondermittel bis zu einer Höhe von 2.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

zu 3 Anträge

zu 3.1 Endlich ein Konzept gegen die Überschreitung von Ausgabetiteln
Drucksache: 0541/II - FDP

Die FDP-Fraktion stellt zum Änderungsantrag, den der Sozialausschuss in seiner Sitzung am 06.03.2003 angenommen hatte, einen Änderungsantrag. Der erste Satz solle nunmehr wie folgt lauten: „Das Bezirksamt wird ersucht, ein Konzept zu erarbeiten, um die Ausgabenüberschreitungen *im Sozial- und Jugendbereich (im T- und Z-Teil)*, die beeinflussbar sind, zu beenden.“
Nach einer Erörterung, ob ein solchermaßen geänderter Antrag in den Jugendhilfeausschuss zurück überwiesen werden müsste, da hier spezifische Belange des Jugendbereichs betroffen sind, die nicht ohne weiteres von anderen Ausschüssen geändert werden können, wird die weitere Behandlung des Antrags auf die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses vertagt.

zu 3.2 Verfahren bei Änderung der Finanzierung von Lernmitelln
Drucksache: 0591/II – SPD

Die Behandlung des Antrags wird auf die 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2003 vertagt.

zu 3.3 Keine Schließung von Schulstationen im Bezirk
Drucksache: 0616/II – GRÜNE

Die Behandlung des Antrags wird auf die 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2003 vertagt.

zu 3.4 Erhalt der Schulstationen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 0618/II - CDU, GRÜNE

Die Behandlung des Antrags wird auf die 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2003 vertagt.

zu 3.5 Bürgerstiftung
Drucksache: 0638/II – CDU

Die Behandlung des Antrags wird auf die 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2003 vertagt.

zu 3.6 Bezirkliches Holzhackschnitzel-Heizwerk
Drucksache: 0651/II – GRÜNE

Die Behandlung des Antrags wird auf die 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2003 vertagt.

zu 3.7 Dach des Erweiterungsbaus der Alt-Lankwitzer Grundschule
Drucksache: 0677/II – FDP

Die Behandlung des Antrags wird auf die 20. Sitzung des Haushaltsausschusses am 13.05.2003 vertagt.

zu 4 Auflagenbeschlüsse 2003 (Abt. BiKuSpoBüd vom 06.02.2003

Die Auflagenbeschlüsse 2003 werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 5 Rahmenzielvereinbarungen

Die Vorlage zur Kenntnisnahme wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende spricht ein Schreiben von BzStR Stäglin zum BVV-Beschluss Nr. 203; Berichtsauftrag zu Kapitel 4211 – Reformen im Hochbau – an. Darin teilt BzStR Stäglin mit, dass es ihm aufgrund seiner längeren Erkrankung als auch aufgrund notwendiger umfangreicher Vorarbeiten nicht möglich gewesen sei, die Fristverlängerung einzuhalten. Da er darüberhinaus zwischenzeitlich weitere Informationen aus anderen Bezirken erhalten habe, die bei der Bearbeitung hinzugezogen werden sollen, bittet er um eine weitere Fristverlängerung.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 20.05.2003

Platzeck
Ausschussvorsitzender

Kopp
stellv. Schriftführer

Beglaubigt